

Zehn gute Gründe für ein Nein zum neuen AKW Mühleberg



Die Bernerinnen und Berner stimmen am 13. Februar darüber ab, ob der Kanton sich beim Bund für oder gegen ein neues AKW am Standort Mühleberg ausspricht. Die Konsultativabstimmung ist rechtlich nicht bindend, Bern sendet aber ein starkes Signal an die übrige Schweiz, wie es um die Akzeptanz der Atomkraft in der Bevölkerung steht.

2008 haben die Stromkonzerne Alpiq, Axpo und BKW beim Bund Rahmenbewilligungsgesuche (RBG) für den Bau von drei AKW in der Schweiz eingereicht. Das Bewilligungsverfahren ist ein mehrjähriger Prozess in vorgegebenen Etappen. Nachdem das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) die Gesuche geprüft und die entsprechenden Gutachten präsentiert hat, gehen die Gesuche von Januar bis März 2011 in die Vernehmlassung an die Kantone.

In Bern wird am 13. Februar darüber abgestimmt, ob der Kanton sich beim Bund für oder gegen ein neues AKW am Standort Mühleberg ausspricht. Auch in weiteren Kantonen – z.B. in der Waadt und im Jura – stimmt die Bevölkerung im Verlauf des Jahres 2011 über eine positive oder negative Stellungnahme ab. In anderen Kantonen fällt der Regierungsrat diesen Entscheid. Die Stellungnahmen der Kantone haben konsultativen Charakter. Die Kantone senden aber ein wichtiges Signal aus.

Der letzte Entscheid an der Urne, ob in der Schweiz neue AKW gebaut werden können, fällt voraussichtlich Ende 2013. Dann kann die Schweizer Bevölkerung im Rahmen der Referendumsabstimmung ein für allemal NEIN zu neuen AKW sagen.

Wir wollen aus folgenden Gründen keine Fehlinvestitionen in eine teure, überholte und hochgefährliche Technologie, die den Weg für erneuerbare Energien verbaut:

1. Keine Lösung in Sicht für den gefährlichen Atommüllberg
2. Abbau- und Anreicherung von Uran: ein höchst dreckiges und konfliktreiches Geschäft
3. Der Betrieb von AKW und ihre fatalen Folgen für die Gesundheit der Menschen
4. Ein finanziell hochriskantes und nicht versicherbares Geschäft
5. Das Risiko eines GAU
6. Der CO₂-Ausstoss der Atomenergie
7. Sichere Stromversorgung
8. Ohne Komforteinbussen den Verbrauch reduzieren - dank Energieeffizienz
9. Erneuerbare Energien: Sauber, sicher, ausreichend
10. Nachhaltige Arbeitsplätze und wirtschaftliche Vorteile für den Kanton Bern

1. Keine Lösung in Sicht für den gefährlichen Atommüllberg

Radioaktive Abfälle gefährden durch ihre Strahlung Mensch und Umwelt. Da die radioaktive Strahlung über Tausende von Jahren anhält, ist die hermetisch abgeschlossene Lagerung eines der grössten Probleme der Atomindustrie.

Zwischen 1969 und 1982 wusste die Schweiz nichts Besseres, als den radioaktiven Müll ins Meer zu versenken. Seit dem Verbot der Versenkung im Meer wartet der Atommüll in einem oberirdischen Zwischenlager in Würenlingen AG und in Lagern neben den Atomkraftwerken. Verschiedene Anläufe für ein unterirdisches Atommülllager sind bisher am lokalen Widerstand gescheitert; zum letzten Mal 2002 am Wellenberg.

Seither hat man das Gesetz geändert: Das Kernenergiegesetz von 2003 schreibt die "geologische Tiefenlagerung" vor und entzieht dem lokalen Widerstand das Vetorecht. Da die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mit ihren Entsorgungsplänen bisher gescheitert ist, wurde das Dossier dem Bundesamt für Energie übergeben. Nach dem Ja des Bundesrates zum Entsorgungsnachweis im Jahr 2006 wurde der "Sachplan geologische Tiefenlager" als neue Suchmaschine für ein Atommülllager in Gang gesetzt. Damit soll der "beste" Standort für ein Lager gefunden und ums Jahr 2012 festgelegt werden. Das Lager soll bis in 40 Jahren fertig sein. Testversuche in potenziellen Gesteinsformationen wie Opalinuston im In- und Ausland bringen immer wieder neue Probleme ans Tageslicht. Geeignete Lagerstätten müssen nicht nur strahlungssicher sein, sondern auch dem Umstand Rechnung tragen, dass politische und gesellschaftliche Verhältnisse sich ändern. Ebenfalls ungelöst ist die Frage, wie das Lager für so lange Zeit verständlich gekennzeichnet werden kann. Die 3000 Jahre alten Hieroglyphen der Ägypter konnten nur wegen eines Zufallsfundes entziffert werden.

Siehe dazu auch die Factsheet „Atomabfälle und Gesellschaft“ und „Umgang mit radioaktiven Abfällen“ unter www.stop-neues-akw.ch.

2. Abbau und Anreicherung von Uran: ein höchst dreckiges und konfliktreiches Geschäft

2007 wurden weltweit etwas mehr als 41'000 Tonnen Uran gefördert. Der Abbau wird von wenigen Firmen kontrolliert und findet heute vor allem in Kanada, Australien, Kasachstan, Russland, Niger, Namibia, Usbekistan und den USA statt.

Der Abbau von Uranerz hinterlässt riesige verseuchte Gebiete: Es entstehen gewaltige Mengen radioaktiv strahlender Abbauräume. Zudem müssen die Weiterverarbeitung des Uranerzes aggressive Chemikalien verwendet werden. So werden die Gewässer und Böden der Region zusätzlich mit Rückständen von Schwefelsäure, Quecksilber, Arsen und anderen hochgiftigen Chemikalien kontaminiert.

Die weltweit bekannten Vorräte liegen zu rund 70 Prozent auf dem Land indigener Völker, vor allem in Kanada und Australien. Diese Völker sind von den schweren Gesundheits- und Umweltfolgen des Uranabbaus besonders betroffen, ohne am wirtschaftlichen Erfolg der Firmen teil zu haben.

Um weltweit nur 10% der fossilen Energie zu ersetzen, müssten bis zum Jahr 2050 1000 neue AKWs gebaut werden. Für den Betrieb dieser AKW fehlen weltweit die Uranvorkommen und die internationalen Verteilungskonflikte werden sich in den kommenden Jahren intensivieren – nicht nur im Bezug auf die Nuklearenergie, auch im Bezug auf Erdöl und die Gasvorkommen. Zusätzlich birgt die Atomenergie hohes Konfliktpotential als Materiallieferantin für Atomwaffen: Damit Uran in Reaktoren verbrannt werden kann, braucht es eine Mindestkonzentration an spaltbaren Urankernen. Um diese zu erreichen, wird das Uran angereichert. Die Technologie ist nicht unterscheidbar von der Herstellung von Uran für atomare Sprengköpfe.

Siehe dazu auch die Factsheet „Uranhandel und „Urananreicherung“ unter www.stop-neues-akw.ch.

3. Der Betrieb von AKW und ihre fatalen Folgen für die Gesundheit der Menschen

Ein AKW ist ein atomarer Tauchsieder. Durch die Kernspaltung im Reaktor wird auf kleinstem Raum eine gewaltige Hitze erzeugt. Damit wird Wasser gekocht und verdampft. Der Dampf treibt Turbinen an, welche den Strom erzeugen. Allerdings wird im Anschluss nur ein Drittel der Wärmeleistung in elektrischen Strom umgewandelt – zwei Drittel entweichen ungenutzt als Abwärme in die Umwelt.

Durch den Abbrand der Brennelemente entsteht die giftigste Abfallkategorie: die hoch radioaktiven Abfälle. Kernreaktoren sind Anlagen mit einem enorm grossen Schadenspotenzial. So haben AKW gemäss verschiedenen Studien tödliche Auswirkungen auf Embryonen und Kinder: Laut einer neuesten Untersuchung sind rund um AKW die Anzahl neugeborener Mädchen und Knaben verschoben, was darauf schliessen lässt, dass weibliche Embryonen getötet werden. Eine andere Studie kommt zum Schluss, dass rund um atomare Anlagen in Deutschland signifikant mehr Kinder an Leukämie erkranken als in Gebieten ohne solche Anlagen.

Beim neuen AKW in Mühleberg ist gleichzeitig auch ein Zwischenlager geplant.

Siehe dazu auch die Factsheet „Gesundheit“ und „Reaktoreinsatz von Brennelementen“ unter www.stop-neues-akw.ch.

4. Ein finanziell hochriskantes und nicht versicherbares Geschäft

Punkto Wirtschaftlichkeit gerät die Atomkraft immer mehr ins Hintertreffen. Sie ist teuer und finanztechnisch hoch riskant. Ein neues AKW verursacht Kosten zwischen 10 und 15 Milliarden Franken. Die reinen Investitionen heutiger Reaktortypen sind bei 8-12 Mrd. Franken. Dazu sind pro AKW Nachrüstungs- und Stilllegungskosten von 2-3 Mrd. Franken notwendig. Jedes neue AKW in Frankreich hat bisher mehr gekostet als sein Vorgänger. Auch das neue AKW in Finnland wird mindestens doppelt so teuer als geplant.

Ein AKW kann nur konkurrenzfähig sein, wenn diese Kosten auf eine lange Betriebsdauer verteilt werden können. Sollte dies aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, entsteht ein riesiger Verlust. Die Wirtschaftlichkeit von AKW sieht noch schlechter aus, bezieht man die Entsorgungskosten der radioaktiven Abfälle, Überwachung und Sicherung (Terror, Gesundheit) auf Jahrtausende in die Gesamtrechnung hinaus ein.

Zudem sind die Ressourcen für Gas-, Öl- und Nuklearenergie endlich und der internationale Verteilungskonflikt um Ressourcen wird die Preise dafür in die Höhe treiben.

Studien der US-Grossbank Citigroup, von Finanzexperte Kaspar Müller und die aktuelle Infrastudie zeigen, dass ohne staatliche Hilfe kaum neue AKWs gebaut werden können. Das liegt daran, dass die Erträge, die sich mit dem Verkauf des so produzierten Stroms erzielen lassen, nicht ausreichen, um die getätigten Investitionen zu decken. Über die Lebensdauer gerechnet schreibt die Grosskraftwerke-Strategie von Swisselectric damit rote Zahlen und führt zu volkswirtschaftlichen Verlusten von 9 Mrd. Franken.

Und weil die entsprechenden Energieversorger zu gross sind, als dass sie Konkurs gehen dürfen, muss am Schluss mit Steuergeldern für die Fehlinvestitionen gezahlt (Stichwort: „Too big to fail“ – die UBS lässt grüssen).

Auch die volkswirtschaftlichen Risiken bei einem potenziellen Atomunfall sind nicht versichert: Eine Studie berechnete eine Schadenssumme von 4'300 Mrd. Fr. für die Schweiz im Falle eines Unfalls in der Grössenordnung Tschernobyls. Davon müsste die Versicherung der AKW-Betreiber lediglich 2,25 Mrd. Fr. bezahlen. Den Rest hätten Staat und Volk zu tragen.

Siehe dazu auch „New Nuclear – The Economics Say No.“ Studie der US-Grossbank Citigroup (November 2009), Infrastudie: Stromeffizienz und erneuerbare Energien – wirtschaftliche Alternative zur Grosskraftwerken (Mai 2010) und Risk and Return von Kernkraftwerken. Eine Beurteilung aus Sicht der Finanzmärkte von Kaspar Müller (September 2008) unter <http://www.stopakw.ch/fakten/studien>.

5. Das Risiko eines grössten anzunehmenden Unfalls (GAU)

Seit es Atomkraftwerke gibt, sind etliche gravierende Unfälle passiert. Sie gaben zwar Anlass zu technischen Verbesserungen und erhöhten Sicherheitsstandards, aber sichere Reaktoren, Kernfusion, schnelle Brüter oder Reaktoren der Generation IV sind heute noch uneingelöste Versprechen der Atomindustrie.

Eine grosse Katastrophe kann nach wie vor nicht ausgeschlossen werden. Die Kombination von menschlichen Fehlern und technischem Versagen ist meistens der Grund für Unfälle in Atomkraftwerken, auch Erdbeben und Terrorangriffe sind eine echte Gefahr. Das grösste Risiko von Atomkraftwerken ist eine Kernschmelze. Beim Versagen der Sicherheitsbarrieren werden enorme Mengen radioaktiver Gase und Substanzen in die Atmosphäre geschleudert und verbreiten sich ungehindert weiter.

Was für Folgen ein GAU (grösster anzunehmender Unfall) haben kann, zeigt der Unfall in Tschernobyl, der sich am 26. April 1986 in der Ukraine ereignete. Ca. 800'000 junge Männer wurden damals für Aufräumarbeiten geopfert. Heute sind über 90% krank oder bereits gestorben. Ganze Landstriche werden dauerhaft verseucht bleiben. Das Leiden an den Spätfolgen (Erbschäden, Krebs) wird noch lange Jahre andauern.

Auch die fünf Schweizer AKW haben ein grosses Verseuchungspotenzial und bergen ein grosses Restrisiko. Dementsprechend kommt es immer wieder zu Zwischenfällen. Ein schwerer Reaktorunfall, z.B. in Beznau, würde die Evakuierung ganzer Städte wie Bern, Basel, Zürich, Aarau, Freiburg, Genf, Neuenburg usw. nötig machen. Grosse Teile der Schweiz und der umliegenden Gebiete wären für hunderte bis tausende von Jahren unbewohnbar.

Siehe dazu auch das Factsheet „Unfälle“ unter www.stop-neues-akw.ch.

6. Der CO₂-Ausstoss der Atomenergie

Laut Studien der Stromwirtschaft sollen AKW CO₂-freien Strom produzieren und so mithelfen, das Klimaproblem zu lösen. Dieses unhaltbare Argument ist schnell entkräftet, wenn die ganze Produktionskette von Atomstrom einbezogen wird und nicht nur die eigentliche Stromproduktion in der Schweiz.

Der immer aufwändigere Uranabbau in Minen, die Anreicherung des Urans, der Transport von Atommüll, der Bau und Abriss von Atomkraftwerken aber auch die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls verursachen immense CO₂-Emissionen, die konsequenterweise in einer Ökobilanz mit einberechnet werden müssen. Unter Einbezug der ganzen Kette kommt der Wert – konservativ geschätzt - auf ca. 100 Gramm CO₂/Kilowattstunde, was immerhin einem Viertel des CO₂-Ausstosses pro Kilowattstunde bei Gaskraftwerken entspricht. Strom aus Wasser, Sonne und Wind belasten dagegen das Klima nur mit 10-40 Gramm CO₂/Kilowattstunde und tragen deshalb das Etikett "klimafreundlich" zu Recht.

Mit falschen Argumenten nutzen AKW-BefürworterInnen die berechtigte Sorge der Bevölkerung vor dem Klimawandel, um mehr Akzeptanz für die atomare Technologie zu schaffen.

7. Sichere Stromversorgung

Wir alle sind abhängig von einer sicheren, zuverlässigen Stromversorgung. Sowohl zu Hause, als auch in der Schule, im Spital oder bei der Arbeit darf der Strom nicht ausgehen. Darum haben unsere Stromversorger seit jeher einen gesetzlichen Versorgungsauftrag. Nun drehen die grossen Stromkonzerne den Spiess um. Jedes Mal, wenn sie ein neues grosses Kraftwerk bauen wollen, drohen sie damit, dass uns allen der Strom ausgehen wird. Das war vor dem AKW Kaiseraugst so, und auch vor dem AKW Graben. Es wurde vor vier Jahren gedroht, dass wir ab 2012 keinen Strom mehr hätten. All die genannten Projekte sind gestorben - der Strom ist uns nie ausgegangen. Wir verlangen eine sichere Stromversorgung ohne Atomkraftwerke. Die Städte Basel, Zürich, St. Gallen und Bern machen es vor und haben den Atomausstieg beschlossen.

Wind- und Solarkraftwerke haben den Nachteil, dass sie den Strom nur teilweise zu dem Zeitpunkt produzieren, wenn er benötigt wird. Zum Glück haben wir in der Schweiz viele grosse Wasserkraftwerke, die schnell soviel Strom produzieren können, wie verlangt wird. Sie haben eine Spitzenleistung, die 10x grösser ist, als was wir brauchen, um unser Netz jederzeit stabil auszugleichen. Das wird uns auch in Zukunft dienen, wo die Atomkraftwerke verschrottet sind und hundertmal mehr Windstrom und tausendmal mehr Solarstrom als 2010 in unserem Stromnetz fliessen. Aber auch dann wird die Spitzenleistung unserer Wasserkraftwerke immer noch 3x grösser sein als nötig, um Schwankungen auszugleichen, und die Stromversorgung wird so sicher sein wie heute.

Dank Stromeffizienz und erneuerbare Energien gibt es genug Strom für eine sichere Stromversorgung – ohne neue Atomkraftwerke. Dabei sind Stromeffizienz und erneuerbare Energien nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch die beste Lösung.

8. Ohne Komforteinbussen den Verbrauch reduzieren - dank Energieeffizienz

In den letzten sechzig Jahren wurde die Energie bei uns immer billiger. Durch diesen falschen Anreiz haben wir eine Lebensweise entwickelt, in der wir mit Energie sehr verschwenderisch umgehen. Innert zweier Generationen hat sich der Energieverbrauch pro Kopf verfünffacht. So verheizen beispielsweise in der Schweiz 240'000 Elektroheizungen Unmengen an Strom, obwohl mit anderen Heizsystemen wie Holzheizungen, Solarkollektoren oder effizienten Wärmepumpen 70% der dabei verbrauchten Energie eingespart werden könnte.

Fakt ist dabei: Die umweltfreundlichste und billigste Energie ist die nicht verbrauchte Energie. Und diese wirkt sofort und nicht erst wie ein Grosskraftwerk in 20 Jahren. Heute sind wir fähig, Energie intelligenter zu nutzen. Der Verbrauch von Energie sank 2009 in der Schweiz in allen Bereichen: Der Verbrauch pro Wohnfläche, pro produzierte Industriegüter, pro Wertschöpfung. Denken wir nur an die zurückliegenden Effizienzsteigerungen bei den Lampen und Elektrogeräten.

Werden in allen Lebensbereichen beim notwendigen Ersatz konsequent die marktbesten elektrischen Geräte und Beleuchtungen eingesetzt, kann laut der Agentur für Energieeffizienz ohne Komfortverlust 30 Prozent des heutigen Stromverbrauchs eingespart werden. Diese Zahl entspricht vermiedenen Stromkosten von 2 bis 3 Milliarden Franken pro Jahr.

In der Industrie amortisieren sich Effizienzmassnahmen besonders schnell: So hat die Papierfabrik Utzenstorf ihren 10 MW Elektrokessel 2009 stillgelegt und hat dafür einen Kessel eingesetzt, der mit Reststoffen befeuert wird, wodurch der Betrieb massive finanzielle Einsparungen hat. Effiziente Geräte und Motoren verursachen über die Lebenszeit gerechnet deutlich tiefere Betriebskosten als konventionelle Geräte.

In Zukunft wird unser Energieverbrauch dank der Förderung von Sparmassnahmen und der Verschärfung von Vorschriften weiter sinken können, ohne dass wir auf Komfort oder Einkommen verzichten müssen.

9. Erneuerbare Energien: Sauber, sicher, ausreichend

Wegen der Herausforderungen, die Klimawandel und Ressourcenknappheit mit sich bringen, gibt es für die langfristige Umstellung auf eine 100% erneuerbare Stromproduktion keine Alternative. Wir können sie einzig mit unseren Beschlüssen und unserem Handeln beschleunigen oder bremsen.

Die Schweizer Politik hat die erneuerbare Stromproduktion zu lange gebremst – erst mit der Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) im Jahr 2008 hat eine ernsthafte Förderung auf Bundesebene begonnen. Die erneuerbaren Energieanlagen, die auf der Warteliste der KEV auf Geld warten, werden eine Energieproduktion von zwei AKW Mühleberg aufweisen.

Die erneuerbare Energien werden langfristig wirtschaftlich gegenüber konventionellen Energieträgern überlegen sein. Die Kosten des erneuerbaren Stroms sinken Jahr für Jahr. Investiert man das Geld für ein neues AKW in erneuerbare Energien, lässt sich damit zu Spitzenzeiten mehr als die doppelte Leistung (MW) erreichen und die gleiche Strommenge (kWh) produzieren.

Entscheidend für uns Konsumentinnen und Konsumenten ist die Netzparität - also der Zeitpunkt, zu dem der erneuerbare Strom zum gleichen Preis angeboten werden kann wie der Strompreis, den wir mit unserer Stromrechnung zahlen, aktuell 20-24 Rappen pro kWh.

Schon 2009 kostete die BKW die Produktion ihres Windstroms durchschnittlich 16 Rp./kWh. An günstigen Standorten hat Windstrom also bei uns schon die Netzparität erreicht– die Verbreitung von Windkraftanlagen wird deswegen in den nächsten Jahren auch mit sinkender finanzieller Förderung zunehmen.

Auch die Kosten für Solarstrom sind stark gesunken und werden sicher weiter sinken: Kostete die Kilowattstunde Solarstrom 1997 beim ewz beispielsweise noch 1,20 CHF, so zahlen ewz-Kunden für eine Kilowattstunde Solarstrom heute nur noch 65 Rp./kWh. Gemäss einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg soll die Netzparität für Photovoltaik in Deutschland für Privathaushalte 2012 erreicht werden. Gemäss Aussagen des Solar-Unternehmens Meyer Burger dürfte dies auch in den nächsten 5 Jahren in der Schweiz der Fall sein. Das zahlt sich dann auch besonders für diejenigen aus, die eine eigene Photovoltaik-Anlage auf ihrem Dach installiert haben.

Zudem ist Energie aus Wind, Biomasse, Umweltwärme und Sonne unerschöpflich – Brennstoffkosten fallen hier nicht an. Die Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien auf dem Energiemarkt nimmt aufgrund höherer Produktionsmenge, technologischer Fortschritte sowie dem daraus resultierendem höheren Wirkungsgrad markant zu. Risiken für Mensch und Umwelt sind zudem bei erneuerbaren Energien erheblich kleiner als bei konventionellen Energien.

Ein paar Beispiele:

Der durchschnittliche Stromverbrauch einer Schweizer Familie kann heute mit einer 24 m² Photovoltaikanlage gedeckt werden. Anlagen auf 90% der geeigneten Dächer im Kanton Bern könnten ca. 30-40% der Produktion von Mühleberg ersetzen (ca. 1 bis 1.3 TWh).

Jährlich werden weltweit 40 TWh Windkapazität neu gebaut, 13mal das AKW Mühleberg, und 17 TWh Solarkapazität, 6mal das AKW Mühleberg.

10. Nachhaltige Arbeitsplätze und wirtschaftliche Vorteile für den Kanton Bern

Der Kanton Bern verfügt über beste Voraussetzungen, um in Zukunft seine Energieversorgung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz auszurichten. Grosse regionale Wertschöpfung, viele zusätzliche Arbeitsplätze und Wohlstand für die bernische Bevölkerung sind die Vorteile – ohne die Risiken, die vom Bau und Betrieb eines neuen AKWs ausgehen. In der Kampagne für das neue Energiegesetz engagieren sich deshalb ebenfalls zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Berner Wirtschaft und Wissenschaft in der «Gruppe NEUE ENERGIE Bern». Ein neues Atomkraftwerk in Mühleberg erachten sie als unnötig und lehnen es deshalb ab.

Die Beschäftigungswirkungen sind gemäss Studien bei der elektrischen Nutzung erneuerbarer Energien im Vergleich zur Atomenergie pro TWh 20 bis 80 Prozent höher. Insgesamt führt die Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien zu einer kontinuierlicheren und dynamischeren Wirkung und zu ausgeprägteren regionalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Dies bestätigen die Erfahrungen in Finnland beim Bau des neuen AKWs. Dort kamen kaum einheimische Arbeitnehmende und einheimische KMUs zum Zuge, sondern es wurden hauptsächlich Spezialistinnen und Spezialisten aus dem Ausland beigezogen.

Erneuerbare Energien schaffen dezentral und vor Ort im ganzen Kanton Bern neue einheimische Arbeitsplätze. Auch Investitionen in Energieeffizienz stärken die heimische Wirtschaft. So werden Branchen wie Optik, Elektronik, Elektrik, Beratung und Planung und das Baugewerbe gestärkt – Branchen, die auch im Kanton Bern beheimatet sind.

Investitionen in neue AKWs sind nicht nachhaltig und unwirtschaftlich, weil weniger rentable Investitionen – und dies vor allem in Branchen mit hoher Importquote – ausgelöst werden. Die Beschäftigungswirkung beschränkt sich zudem nur auf wenige Regionen der Schweiz und ist nur von kurzer Dauer, weil sie vor allem die Bauphase der Kraftwerke betrifft. Investitionen in neue AKWs führen deswegen sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich in eine Sackgasse. Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz garantieren neue Arbeitsplätze und sind somit ökologisch und ökonomisch sinnvoll.

Aus all diesen Gründen: Nein zu einem neuen AKW in Mühleberg am 13. Februar.